

Seit der Gründung der sog. Berliner Republik sind inzwischen 15 Jahre vergangen, so viele Jahre, wie die kurzlebige, aber im Rückblick wie mehrere Jahrzehnte lastende Ära der Weimarer Republik gedauert hat. Diese Zeitspanne, auf den Entwicklungsweg der alten Bundesrepublik angewendet, würde dem Zeitraum von 1949 bis 1964 entsprechen. 1964 konnte die alte Bundesrepublik, was zumindest den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die sich anbahnende Prosperität anbetrifft, stolz auf eine blühende Landschaft sein. Das Bruttosozialprodukt der westdeutschen Wirtschaft, das bereits bei der Gründung der alten Bundesrepublik 90 Prozent der Produktionskapazität von 1936 erreicht hatte, ist in den darauf folgenden 10 Jahren im GNP-Index um 126 Prozent gestiegen¹. Konkrete Zahlen sprechen für sich. Während das Bruttosozialprodukt 1950 98.1 Mrd. DM betrug (allerdings ohne Saarland und Berlin), ist es über 303,0 im Jahre 1960 auf 458.2 Mrd. DM im Jahre 1965 angestiegen². Ein vergleichbar rapider ökonomischer Aufstieg aber hat im östlichen Teil der neuen Republik, in den sogenannten fünf neuen Bundesländern, keineswegs stattgefunden. Zwar sind im Kern der klassischen Städte wie Leipzig oder Erfurt die alten Gründerzeitfassaden gründlich renoviert worden. Und inzwischen stehen ebenfalls in vielen Städten glitzernde Großbauten aus Stahl und Glas. Aber trotz dieser durch einen Milliardentransfer möglich gewordenen Aufmotzung stehen viele Häuser leer – infolge der auch im Westen eingetretenen Entkernung des Stadtzentrums und der im Osten von Deutschland immer noch andauernden Auswanderung in den westlichen Teil der Republik. Der Aufbau Ost vollzog und vollzieht sich also nicht von der Basis her, sondern aufgrund einer künstlichen Beatmung und Durchblutung. Aber über diese eher ökonomischen Strukturprobleme möchte ich heute nicht reden. Ich beschränke mich zunächst auf die politischen Geburtsfehler der Berliner Republik und auf die fatalen und letalen Konsequenzen. Ich werde dann am Ende kurz darauf eingehen, wie die Reparaturversuche dieser Fehler aussehen und wo sich vielleicht Zukunftsperspektiven öffnen und was wir als Bürger eines ganz anders strukturierten Staats aus diesem Prozess lernen können. Ich beginne mit einem Zitat.

“Wo die Vergangenheitsbewältigungsstrategie der Mehrheit heißt: ‘Vorwärts und alles vergessen’, wo Schweigen über das Schweigen zur Devise wird, dort werden die Redenden, die Erinnerungsarbeit mit der schwierigen Differenzierung verbinden, diffamiert. Die psychische Situation in der DDR schwankt mittlerweile zwischen einem geliebten Auswanderungswunsch nach Westen, Apathie und Aggressivität. Das Objekt wird noch gesucht. Wenn nicht eine Hoffnung Menschen erfasst, die sie trägt, wird die Einheit destruktiv ausgehen.”³

Diese Sätze voll psychoanalytischer Einsicht schrieb kurz nach der Wiedervereinigung, als sich der Ostfeldzug der westdeutschen Wirtschaft und die Sanierungswelle durch die Treuhand in voller Wucht und mit einer von Nachbarländern viel bewunderten Effizienz austobten, Friedrich Schorlemmer, ein besonnener Pfarrer und damals noch Prediger der Schlosskirche in Wittenberg, der seinerzeit in der kirchlichen Opposition der DDR eine integrative Rolle gespielt hatte. Auch klagte damals der im Westen seit langem geschätzte subversive Ex-DDR-Schriftsteller Christoph Hein mit Bitterkeit, dass der Westen es offensichtlich leichter mit denjenigen habe, die sich in der DDR-Zeit an das System voll angepasst haben, als mit denjenigen, die in der DDR-Opposition aktiv waren und die man nun als Querulanten anzusehen begann.

Tatsächlich plädierte im konservativen Lager von Westdeutschland Schäuble, bekanntlich ein nationalkonservativer Kalkulationseuropäer, für die Blickwendung von der Vergangenheit weg und hin auf die Zukunft, wie der Titel seines damals erschienenen politischen Bekenntnisses "Und der Zukunft zugewandt" lautet, übrigens ein Vers, der der Becher-Hymne scheinheilig entlehnt ist. In dem Buch heißt es: "Die Beschäftigung mit der Vergangenheit ist immer dann politisch sinnvoll, wenn man es zukunftsgerichtet und zukunftsbezogen tut"⁴. An den Argumenten von Schäuble lassen sich ein paar immer wieder durchgespielte Muster der sich nunmehr als modern und fit ausgebenden und agierenden westdeutschen Konservativen ablesen. Von einer intakten Familie ist die Rede ("Dienst an der Gemeinschaft beginnt mit der Familie"⁵). Gefordert wird ein freundschaftlicheres Verhältnis zur Technik. Außerdem wird für die Teilhabe an der gemeinsamen Tradition plädiert mit einem unverhohlenen ethnischen, antiuniversalistischen Verständnis der deutschen Nation, deren Zusammenhalt in gemeinsamer Sprache und Kultur liegen soll. Schäuble zitiert den von Karl Schiller bemühten Satz von Ernst Jünger: "Wenn der Bruder vor der Tür steht, lässt man ihn herein und fragt nicht nach den Kosten."⁶ Und durch so ein Verständnis der Nation wurde tatsächlich die Einheit destruktiv, wie Schorlemmer es mit kluger Weitsicht vorausgesehen hat.

Konsequenzen der Verfahrensfehler der Wiedervereinigung, die mit dem juristischen Trick des Beitritts der im Eilverfahren neu installierten fünf neuen Bundesländer durchgeboxt wurde, machten sich in den frühen 90er Jahren überall deutlich bemerkbar. Ich denke vor allem an die Mordanschläge und Brandstiftungen, Schlägereien und Muskeldemonstrationen der Neo-Nazi-Skinheads, an Hoyerswerda, Eisenhüttenstadt, Mölln, Solingen, Rostock, aber auch an Dresden und Hamburg. Es haben sogar kurz nach der Brandstiftung und dem Beinahe-Mord in Rostock im Schweriner Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sowohl der CDU-Fraktionschef als auch der Ministerpräsident die Opfer, also Vietnamesen und Asylsuchende anderer Nationalitäten, für den Aufruhr verantwortlich gemacht. Herr Rehberg, der

CDU-Fraktionschef, sagte: "Dass die Ausländer unsere Sitten und Gebräuche nicht kennen und vielleicht gar nicht kennen wollen, stört die Befindlichkeit unserer Bürger," woran sich Herr Seite anschloss und die Verantwortung den Politikern zuschob, die einer Änderung von Artikel 16 nicht zustimmten: "Sie treiben einen Teil unserer Bürger in eine Eskalation der Gefühle hinein."⁷

Wir erinnern uns, dass im November dieses Jahres, d.h. 1992, bei der Gedenkfeier an die Reichskristallnacht in der Frankfurter Paulskirche der Vortrag des Tübinger Philosophen Manfred Frank massiv kritisiert wurde, weil er gesagt hat, dass die Kristallnacht trotz allem Wunschdenken der Juden der Beginn einer langen Kette von Zivilisationsbrüchen gewesen sei, dass er deswegen hoffe, dass sich die Bürger von heute darum bemühen, dass im Rückblick Rostock bereits der Höhepunkt dieser Brüche bleibe. Nach den Zeitungsberichten und den Berichten meiner deutschen Freunde, die zugegen waren, haben sehr viele Versammelte den Saal verlassen, worauf dann die weiteren unangenehmen Auseinandersetzungen im Frankfurter Rathaus folgten.

Dies alles kulminierte in der Änderung des Asylartikels des Grundgesetzes, die aus normativer Sicht nicht tangiert werden durfte, auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung für eine Novellierung gewesen sein sollte – Asylrecht ist nach dem Soziologen Hauke Brunkhorst ein *zivilisatorisches Minimum*. Mit gezielten demagogischen Argumenten, für die der Satz "Das Boot ist voll," repräsentativ gewesen ist, und unter Missachtung der Tatsache, dass Deutschland längst Einwanderungsland geworden ist, wurden die Ostgrenzen für die Asylsuchenden de facto gesperrt. Die Grenze des Lebensstandards wurde damit von der Elbe zur Oder-Neiße-Linie verlegt. Ein Einwanderungsgesetz, das für Wirtschaftsflüchtlinge die geregelte Möglichkeit der Einreise geboten hätte, wurde trotz Forderung vieler Sachverständiger und Intellektueller von Herrn Seitzers und Herrn Kohl nicht in Erwägung gezogen. Der Wohlstandschauvinismus (Habermas) setzte sich durch. Trotzdem gab es einen Hoffnungsschimmer: Wichtig für die spätere Entwicklung der republikanischen Öffentlichkeit war dabei eine ganze Reihe von spontanen Solidaritätsaktionen der Bevölkerung mit den Opfern der Neonazi-Anschläge. In die Geschichte eingegangen ist die Kerzenlicht-Demonstration in München. Jürgen Habermas schrieb damals in seiner burschikos-lakonischen Art: "Die Bevölkerung ist besser als ihre Politiker und ihre Wortführer."⁸ Vielleicht bildeten alle diese spontanen Aktionen die Basis, auf der am Vorabend des Irakkriegs das "alte Europa" seine Öffentlichkeit zum ersten Mal mobilisieren konnte gegen das übermächtige Amerika, das seinerseits von der "secret church" der Leo Straussianer geführt wurde, die per definitionem die Öffentlichkeit scheute.

Bereits 1990 hat der Soziologe Rainer Lepsius, übrigens ein bedeutender Kenner von Max Weber, gegen jede Art eines ethnischen Konzepts der Nation geschrieben: "Jede Gleichsetzung des 'Demos' als des Trägers der politischen Souveränität mit einem speziellen 'Ethnos' führt im Ergebnis zu einer Unterdrückung oder Zwangsassimilation von anderen ethnischen, kulturellen, religiösen oder sozio-ökonomischen Bevölkerungsteilen innerhalb eines politischen Verbandes."⁹ Im gleichen Jahr spezifizierte Habermas diese allgemeine These auf die einzig mögliche Option einer politischen Kultur in dem wiedervereinigten Deutschland hin, indem er sagte: "Mit jenem ungeheuerlichen Kontinuitätsbruch haben die Deutschen die Möglichkeit eingebüßt, ihre politische Identität auf etwas anderes zu gründen als auf die universalistischen staatsbürgerlichen Prinzipien, in deren Licht die nationalen Traditionen nicht mehr unbesehen, sondern nur noch kritisch und selbstkritisch angeeignet werden können."¹⁰ Im Klartext: Auschwitz kann natürlich nicht die Identitätsquelle eines Nachfolgestaates werden, aber nach Auschwitz kann man sich nicht mehr unbesehen, d. h. naiv und unreflexiv auf die Tradition berufen.

Ungeachtet dieser theoretischen Mahnungen tobten in den frühen 90er Jahren Diskurse über die neue Bedeutung von Deutschland als mitteleuropäische Macht, in denen die sog. Tradition auch großgeschrieben wurde. Wolf Lepenies schrieb angesichts der falschen nationalen Diskurse mit leichter Ironisierung: "Jeder Traditionsbestand ist aktivierbar. In Deutschland wird Klartext geredet."¹¹ Weitere Diskussionen und Diskussionsanlässe sind genug bekannt. Ich erinnere nur an diejenigen Debatten, die von den Schriftstellern, Journalisten und Wissenschaftlern angezettelt wurden, die diese Klartextredner mit kulturellem Glamour und mit der in Deutschland gern mobilisierten Tiefsinnigkeit flankierten. Die beiden Bücher *Westbindung* und *Selbstbewusste Nation* wurden von teils der FAZ nahe stehenden, teils aus dem Umkreis des Historikers Nolte stammenden Tintenklecksern ediert. Der intellektuelle Wirbel um den *Anschwellenden Bocksgesang* von Botho Strauß ist noch in frischer Erinnerung. Angesichts des Systems der "abgezweckten Freiheiten", der "Hypokrisie der öffentlichen Moral" und der "Totalherrschaft der Gegenwart" redet der sonst sehr sensible literarische Nachzeichner der trostlosen bundesrepublikanischen Alltagsrealität ahnungs- und andeutungsvoll von der "Wiederkehr der Götter". "Solche Wiederkehr kämen dem Einbruch des Unbekannten gleich, unter Umständen sogar: des einmalig Fürchterlichen"¹². Karl Heinz Bohrer gehört sicherlich nicht zu diesem Hort der rechten Schwätzer. Aber die Eröffnungsvorlesung der Gadamer-Stiftungsprofessur im Mai 2001 war voll von Ranküne gegen den Nachkriegsuniversalismus eines Hans Mommsen, Karl-Otto Apel und Jürgen Habermas, die Bohrer alle namentlich nennt. Bohrer redet angesichts dieser Beflissenheit der Beschäftigung mit der nahen Vergangenheit von der historischen Tiefendimension und von der "Erinnerung der langen Zeit". Die Diskussionsstoffe

solcher Art lassen sich beliebig fortsetzen: Die sogenannte Walser-Bubis-Debatte, Marin Walsers boshafter Schlüsselroman *Tod eines Kritikers* bis schließlich zum von Sloterdijk erklärten Tod der Kritischen Theorie¹³, eine zum Medienereignis hochstilisierte persönliche Attacke gegen Habermas.

=====

In diesen fünfzehn Jahren, die, wie gesagt, der Dauer der Weimarer Republik entsprechen, hat die deutsche Öffentlichkeit, wie wir alle wissen, eine Reihe von Diskussionen über das mögliche militärische Engagement Deutschlands erlebt, angefangen von dem ersten Golfkrieg, vom Adria-Einsatz, dem sog. Awacs-Einsatz (man erinnere an das Urteil von Karlsruhe) über die Teilnahme am Kosovo-Krieg bis zum Afghanistan- und Irakkrieg. Auf Einzelheiten kann ich jetzt nicht nur aus Zeitgründen eingehen. Eines ist aber wichtig: Diese Diskussionen haben der UNO eine ihr bis 89 versagte Autorität als einzig legitimierende Entscheidungsinstanz für die Austragung internationaler Streitigkeiten gegeben. Bei allen Einseitigkeiten und Unausgewogenheiten der UNO (s. Vetorecht), kann dieser Autoritätsgewinn durchaus zukunftsweisend sein, zukunftsweisend in Richtung auf die Konstitutionalisierung der internationalen Ordnung. Mit der Konstitutionalisierung wird die Kriegshandlung der internationalen Gemeinschaft gegen einen Staat bzw. Rumpfstaat, der massive Verletzung der Völker- und Menschenrechte begangen hat, nur noch den Charakter einer polizeilichen Handlung haben.

Parallel dazu liefen auch Diskussionen über die Vertiefung der EU-Integration und der Erweiterung dieser supranationalen Institution. Es stellte sich auch heraus, welche libidinöse Bedeutung die D-Mark für viele Deutsche, übrigens nicht nur für die Konservativen, hatte. Fairerweise muss man hinzufügen, dass der anfangs erwähnte Schäuble seit langem für die weitere Integration und für die Einführung der Einheitswährung plädierte, obwohl viele seiner Parteifreunde sie als "künstliche Esperanto-Währung" zu verhindern versuchten.

Angesichts der inzwischen erreichten Stufe der Integration und der Erweiterung der EU ließe sich durchaus darüber diskutieren, wie groß der Anteil der wirtschaftlichen und politischen Vernunft an diesem Prozess war und ist. Ich möchte aber die These in den Raum stellen, dass es sich hier gewissermaßen um einen langwierigen, d.h. 15 Jahre dauernden Korrektur- und Reparaturprozess mehrerer Verfahrensfehler bei der sog. Wiedervereinigung handelt, einen Prozess, den im März 1990 aus z.T. machtpolitischen Gründen der damalige französische Präsident François Mitterrand initiiert hat, der aber von vielen linksliberalen Intellektuellen in Deutschland nicht nur befürwortet, sondern auch forciert wurde. Durch die Erweiterung ist es aber auch

möglich geworden, die anfängliche Verschiebung der Lebensstandardgrenze von der Elbe zur Oder-Neiße-Linie zumindest potenziell außer Kraft zu setzen.

Damit gelang es, und sollte auch gelingen, das auf die Theorien des Gesellschaftsvertrags von Hobbes und Rousseau zurückgehende, sozusagen entethnisierte Staatsverständnis, das inzwischen durch die Erfahrungen der westlichen Demokratien weitere Differenzierungen erfahren hat, auch und eben auf der Ebene der supranationalen Organisation akzeptabel und appetitlich zu machen, ein Staatsverständnis nämlich, dass sich ein modernes politisches Gemeinwesen, ob Staat oder supranationale Organisation, in seinem kulturellen und ethischen Verständnis nicht unbedingt auf die stets um- und neuinterpretierbare, d.h. auch manipulierbare Tradition zu stützen braucht. Das gilt auch für das Kantische Konzept eines verfassten Staatenbundes, dem die sog. Europäische Verfassung, viele Impulse verdanken. In diesem neuverfassten, notwendigerweise auch dem Beitritt der Türkei offen stehenden Europa kann eine gemeinsame, an Differenzen reiche republikanische politische Kultur kreiert werden, genauso wie sich unter den Bürgern Amerikas am Ende des 18. Jahrhunderts ohne Berufung auf Tradition ein auch von Gefühlen und Affekten begleitetes Verständnis verbreitet hat, zu einem politischen Gemeinwesen zu gehören. Zumindest auf diese Möglichkeit setzt der amerikanische Philosoph Richard Rorty seine Hoffnung betreffend Europa.

Und dieses republikanische Verständnis, das am Vorabend des Irak-Kriegs die demonstrierenden Bürger in den europäischen Metropolen auch emotional beflügelt hat, bedeutet einen allmählichen *Abschied von der Machtpolitik* und die Zustimmung zur These vom Vorrang der Individualrechte vor den staatlichen Befugnissen.

=====

Damit komme ich zu einem kurzen Nachdenken über den Zusammenhang vom Weltbürgerrecht und Völkerrecht bei Kant.

Nach einer Phase der postmodernen Degradierung Kants als auf das Subjekt zentrierten Philosophen setzte sich ab Beginn der 90er Jahre allmählich die Erkenntnis durch, wie aktuell Kant heute wieder einmal sein kann, vor allem in dem Bereich, den wir mit den Stichworten wie Menschenrechte, Friedensstiftung, soziale Gerechtigkeit, politische Beteiligung umreißen, wofür im System der Rechtslehre von Kant *ius publicum* zuständig war. In Parenthese gesagt: Das war schon das Innovative und für die damalige Diskussion Unerhörte, dass bei Kant das Völkerrecht, bzw. das *Völkerstaatsrecht* – so heißt es bei Kant aus jetzt nicht näher erläuterebaren Gründen – dem öffentlichen Recht zugerechnet wurde. Genauso wie in der auf der Konstitution

beruhenden inneren Pazifizierung muss auch auf internationaler Ebene eine Konstitutionalisierung stattfinden. Natürlich melden sich nicht nur in den USA mit Robert Kagan u. Co.¹⁴, sondern auch in Europa gegen diesen Kant vielfach kritische Stimmen, vor allem die von Realisten, die dem Friedenstheoretiker nicht nur Idealismus, sondern auch die Forderung des Menschenunmöglichen attestieren.

Kant war der erste Philosoph, von dem wir lernen können, dass es einen unauflöselichen Zusammenhang gibt zwischen den drei Säulen des öffentlichen Rechts, nämlich zwischen den Staatsbürgerrechten, den Völkerstaatsrechten bzw. Völkerrechten und den weltbürgerlichen Menschenrechten, die er allesamt, wie gesagt, zum ersten Mal dem *ius publicum* zugerechnet hat. Wie aber dieser Zusammenhang genau verstanden werden, auch institutionell verankert werden soll, war auch für Kant ein schwieriges Problem. Letzten Endes enthalten seine Texte dazu viele Unklarheiten. Besonders die Frage, wie sich die einzelnen Ebenen zueinander verhalten, wie diese Binnenbeziehungen theoretisch konstruiert werden können, – das hat Kant nicht ausführlich genug behandelt. Aber die folgenden Sätze von Kant deuten doch auf einen Abschied von der Machtpolitik hin. Öffentliches Recht sei, so schreibt Kant, “ein System von Gesetzen für ein Volk, d.i. eine Menge von Menschen, oder eine Menge von Völkern, die, im wechselseitigen Einflusse gegen einander stehend, des rechtlichen Zustandes unter einem sie vereinigenden Willen, einer Verfassung (constitutio) bedürfen, um dessen, was Rechtens ist, teilhaftig zu werden”¹⁵. Nur der so konstituierte Staat kann die Freiheit garantieren, d.h. Individualrechte schützen, und nicht als “geborener Gegner der Menschenrechte” (Klaus Günther), sondern als deren Garant¹⁶ fungieren. Dieses Moment, das Kant mit Abbé Sieyès teilt, hat aber bezüglich des Völkerrechts und des Völkerbundes folgende Konsequenz: Wenn wir den verfassungsgebenden Akt einer staatsbürgerlichen Nation so verstehen, wie es Abbé Sieyès in dem berühmten Pamphlet verstanden hat, können wir Völkerstaats- und Weltbürgerrechte nur durch einen jeweiligen Gründungsakt konstituieren. Wir erleben dies jetzt im Prozess der Ratifizierung der europäischen Verfassung, auch wenn diese sich wegen der politischen Vorbehalte der Franzosen, Niederländer und einiger osteuropäischen Nationen nicht so vollziehen wird, wie die maßgebenden Politiker vom sog. Kerneuropa es erwarten. Bereits vor dem französischen Veto wusste jeder einigermaßen gut Informierte, dass der Verfassungsvertrag in der jetzigen Version ohnehin nicht in Kraft treten wird – wegen des inzwischen ausgebliebenen Vetos der Briten.

Aber man könnte zumindest Folgendes sagen: Die Kantische Alternative zwischen dem Völkerstaat und dem Völkerbund, die einer ganzen Reihe von Generationen von Kant-Interpreten Kopfzerbrechen bereitet hatte, hat historisch an Bedeutung eingebüßt; sie ist auch eben wegen des theoretischen Zusammenhangs nicht mehr

haltbar, den Kant selber zwischen den Staatsbürgerrechten, Völkerstaatsrechten und Weltbürgerrechten, wenn auch nicht genug artikuliert, so doch gesehen hat. Eine Lehre, die ich aus dieser von Kant selbst theoretisch angelegten Selbstauflösung der Alternative ziehe, ist die, dass inzwischen eindeutig *einzelne Weltbürger als Subjekte des Völkerrechts anerkannt sind*, eine juristische Realität, der aber internationale und nationale Praktiken noch nicht genug nachgewachsen sind, wie beispielsweise ein Urteil unseres obersten Gerichts im Dezember 2004 zeigt. Das Urteil hat nämlich die Anklage einiger ehemaliger koreanischer Zwangsprostituiertes und zweier zur Zwangsarbeit verschleppter Männer aus Korea mit dem Argument abgelehnt, dass in der alten Reichsverfassung ein solcher Restitutionsanspruch und Schadensersatz für Staatshandlungen nicht vorgesehen war.

=====

Der kurze historische Rückblick auf die Geschichte der öffentlichen Diskussionen im wiedervereinigten Deutschland, der aus Zeitgründen notwendig ein wenig suggestiv bleiben musste, und ein ebenfalls kurzer Exkurs auf die Philosophie des Weltbürgertums von Kant dürfte, wie ich hoffe, zumindest angedeutet haben, was wir in Japan von dem lernen können, was zur Zeit im kontinentalen Europa politisch und rechtlich, intellektuell und kulturell vor sich geht. Das bedeutet, mit einem Stichwort gesagt: Abschied von der Machtpolitik, für die nach dem klassischen Verständnis des Völkerrechts außenpolitische Verhandlungen und militärische Schlagkraft eine schillernde Einheit bildeten, zu der sich heute wohl auch das ökonomische Potenzial zugesellen mag. Dies alles gehört inzwischen zum großen Teil dorthin, wohin es hingehört, nämlich in die Gräber des 19. Jahrhunderts. Auch in der Stellung und im (Selbst-)Verständnis der Staats- und Wissenschaftseliten gibt es Anzeichen einer egalisierenden Schubkraft.

In Ostasien und Südostasien können wir die von der ökonomischen und politischen Vernunft gebotene Regionalintegration wohl nicht nach dem europäischen Modell versuchen, abgesehen davon, dass man auch in Europa mehr als 50 Jahre, also beinahe zwei Generationen, für eine immer noch an Reibereien reiche Integration gebraucht hat und dass noch keine Konturen einer europäischen Außenpolitik in Sicht sind. Aber eines können wir lernen, nämlich wie es den europäischen Nationen gelungen ist, brisante Probleme in einem langen Prozess *gegenstandslos zu machen* – eben durch den allmählichen Abschied von der Machtpolitik. Denken wir z. B. an die früheren Grenzfragen: Klassische Kämpfe um Elsass-Lothringen sind längst in Vergessenheit geraten. Kaum ein Mensch singt im Ernst das Lied von der Wacht am Rhein (“Sie werden ihn nie haben, den freien deutschen Rhein”). Zwar ist in der Pfalz die Erinnerung an den Pfälzerkrieg noch wach. Keiner greift aber zwecks Vergeltung

zu den Waffen. Diskussion und Forderungen über die Rückgabe des ehemaligen Reichsgebiets jenseits von Oder und Neiße, die Schlesienfrage, die Sudetenkonflikte, Erinnerungen an den Kampf auf dem Annaberg, alles nimmt sich von heute aus gesehen als Geschichte auf einem anderen Planeten aus. Diese Probleme sind gegenstandslos geworden, genauso wie im Prozess von mehreren Jahrhunderten die Konfessionsstreitigkeiten, – abgesehen von Nordirland, – gegenstandslos geworden sind.

Natürlich sind die Wunden der kolonialen Vergangenheit noch offen. Ohne einen Abschied von der Machtpolitik werden jedoch bei uns die Stimmen noch lange lautstark bleiben, die propagieren, die Europäer hätten den Rest der Welt kolonisiert. Was ist daran schlecht, dass wir das ein bisschen nachgemacht haben? Warum werden uns allein Untaten vorgeworfen? Ist Tony Blair vor den Toren von Hongkong auf die Knie gegangen, wie seinerzeit Willy Brandt vor dem Denkmal im Warschauer Ghetto? Alle diese rhetorischen Fragen, die die Konservativen auch in Deutschland stellen, sind nur möglich auf der Ebene der klassischen Machtpolitik. Solange wir uns auf dieser Diskussionsebene bewegen, kann keine Seite im Recht sein, sind die europäischen Nationen auch nicht berechtigt, die jetzige japanische Vergangenheitspolitik und das Verhalten des japanischen Staats betreffend der drei Territorialfragen mit erhobenem Zeigefinger zu kritisieren. Kritisiert werden kann aber diese Politik, dieses Verhalten, einzig und allein von der Weltöffentlichkeit, von denjenigen, die sich gegenseitig Weltbürgerrechte zuschreiben. Und die Relevanz dieser Rechte haben die Europäer im Gegensatz zur Bush-Administration gelernt. Man kann mit dem Bremer Friedensforscher Dieter Senghaas von einer "Zivilisierung wider Willen" reden. Die Europäer haben gegen ihre eigene brutale, haarsträubende Vergangenheit Zivilisierungstechniken rechtlicher Art gelernt. Und mit dieser Lehre scheint die neue Bundesrepublik nicht mehr das zu sein, was sie in den frühen 90er Jahren aufgrund der falschen Prozedur des Länderbeitritts war. Der Beitrag der Intellektuellen zu diesem Wandel mag zugegebenermaßen gering sein. Abgesehen davon, dass es auch in den frühen 90er Jahren kein von der FAZ unterstelltes "Dröhnendes Schweigen" der Intellektuellen gegeben hat, war ihr Beitrag in diesem Prozess, ich spreche bewusst ungeschützt, des Gesinnungs- und Mentalitätswandels, aber auch nicht nichts, weil es sich letzten Endes um einen Beitrag in und zu der Öffentlichkeit handelte.

¹ Grosser, Alfred, *Deutschlandsbilanz, Geschichte Deutschlands seit 1945*, 1977. Kapitel 8.

² Benz, Wolfgang, *Die Geschichte der Bundesrepublik*, Bd. 2, *Wirtschaft*. Frankfurt 1989, S.13. In diesem Band finden sich viele aufschlussreiche Tabellen.

³ Schorlemmer, Friedrich, *Versöhnung in der Wahrheit. Nachschläge und Vorschläge eines Ostdeutschen*. München 1992, S.48.

⁴ Schäuble, Wolfgang, *Und der Zukunft zugewandt*. Siedler Verlag, S. 32.

⁵ A.a.O., S. 54.

⁶ A.a.O., S.229.

⁷ TAZ, 29. Aug. 1992.

⁸ Habermas, Jürgen, Die zweite Lebenslüge der Bundesrepublik: Wir sind wieder "normal" geworden. In: *Die Zeit*, 11. Dez. 1992(Nr.51), S. 48.

⁹ Lepsius, M. Rainer, *Interessen, Ideen und Institutionen*, Obladen, S. 249.

¹⁰ Habermas, Jürgen. *Die nachholende Revolution*. Frankfurt am Main, S.219f.

¹¹ Zitiert in: Habermas, Jürgen, Gelähmte Politik. In: *Der Spiegel*, Nr. 28. 1993, S.54.

¹² Strauß, Botho, Anschwellender Bocksgesang. Zum ersten mal erschienen in: *Spiegel*/vom 8.2. 1993. Wiederabgedruckt in der damals viel diskutierten Sammlung von nationalästhetischen Manifesten und Bekenntnissen. *Die selbstbewußte Nation*, Frankfurt/Berlin(Ullstein). Zitiert wird aus diesem Band, S.34.

¹³ Sloterdijk, Peter, Die Kritische Theorie ist tot. Peter Sloterdijk schreibt an Assheuer und Habermas. In: *Die Zeit*, Nr.37/1999. Die sogenannte Sloterdijk-Debatte ist dokumentiert in: *Der Streit um den Menschen*. ZEITdokument 2, 1999 (November), Redaktion Thomas Assheuer und Andreas Sentker.

¹⁴ Kagan, Robert, *Of Paradise and Power. America and Europe in the New World Order*, NY, 2003.S.1, auch S. 58f. Man muss natürlich die denunzierende Kritik vonseiten der CLS-Juristen wie Koskenniemi ernstnehmen. Vgl. Koskenniemi, M. On the Idea and Practice of Universal History with A Cosmopolitan Purpose. Vortrag gehalten im GI Kyoto, Dez. 2004. MS., erscheint in Aprilnummer von „Shiso“ (Iwanami Publishers, Tokyo 2006)

¹⁵ *Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre* § 43.

¹⁶ Günther, Klaus, Weltbürger zwischen Freiheit und Sicherheit. Vortrag gehalten an der Universität Osaka anlässlich eines Kant-Workshops. Dezember 2004. MS.